

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.10.2021
Sitzungsbeginn:	18:34 Uhr
Sitzungsende:	21:28 Uhr
Ort, Raum:	im großen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Als Vorsitzender:

Redelberger, Thomas, Bürgermeister

Ratsmitglieder:

Barth, Tobias	SPD
Bauer, Hartmut	CDU
Bernauer, Mark	CDU
Britz, Tim	SPD
Franke, Jörg	parteilos
Hill, Hans-Kurt	GLN Klimabunt
Kiel, Johannes	CDU
Kopp, Pascal	FDP
Krebs, Ulrich	FDP
Lafontaine, Hans Gerhard	Bündnis 90/Die Grünen
Lesch, Bruno	CDU
Luksic, Oliver	FDP
Maas, Helmut	CDU
Mailänder, Herbert	SPD
Meisberger, Patrik	CDU
Michaelis, Friedrich	CDU
Monz-Schwarz, Katharina	GLN
Näckel, Kilian	CDU
Neuhardt, Jörg	SPD
Reimann, Peter, Dr.	SPD
Roos, Denis	SPD
Ruloff, Harry	Bündnis 90/Die Grünen
Schmidt, Manfred	CDU
Schmidt, Stefan	SPD
Schwindling, Jörg	CDU
Steinrücken, Ulrich, Dr.	GLN
Trappmann, Claudia	SPD
Wachall, Richard	CDU
Woll, Peter	CDU
Zimmer, Reiner	SPD

Von der Verwaltung:

Nowack, Heike
Ringe, Markus
Sohn, Jacqueline

bis TOP 9 / 21:14 Uhr

bis TOP 2 / 19:14 Uhr

Von der Gemeindewerke Heusweiler GmbH:

Schramm, Torsten

bis TOP 9 / 21:14 Uhr

Schriftführerin:

Maurer, Marion

Presse:

Dittgen, Fredy

Saarbrücker Zeitung

bis TOP 2 / 19:14 Uhr

Entschuldigt fehlt/fehlen:

Blanckenhorn, Dirk

GLN Klimabunt

Hartmann, Carsten

SPD

Kaninke, Werner

AfD

Gemäß der Satzung über die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in den Ortsräten und im Gemeinderat der Gemeinde Heusweiler findet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einwohnerfragestunde statt, in der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit gegeben wird, Fragen an die Verwaltung und die Ratsmitglieder zu richten (siehe Anlage).

Der Vorsitzende stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er eröffnet die Sitzung um 18:34 Uhr.

Er schlägt vor, die Drucksache BV/0125/21 „Auftragserweiterung Fa. Collet, GS Heusweiler“ von der Tagesordnung abzusetzen, da keine Vorberatung im Bau- und Verkehrsausschuss erfolgt sei. Des Weiteren soll, wie in den Vorstellungsgesprächen vereinbart, die Drucksache BV/0131/21 „Einstellung von Beschäftigten für den Baubetriebshof“ auf die Tagesordnung aufgenommen werden. Weiterhin liegt ein Antrag der GLN-Fraktion unter Drucksache BV/0127/21 „Erwerb einer Immobilie“ zur Aufnahme auf die Tagesordnung vor. Hier dürfe er darauf hinweisen, dass die Immobilie bereits veräußert sei.

Herr Dr. Steinrücken zieht den Antrag der GLN-Fraktion zurück.

Der Vorsitzende hält fest, dass somit der Antrag erledigt sei. Da keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen, lässt er zunächst über die Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, die Drucksache BV/0125/21 unter TOP 9.1 von der Tagesordnung abzusetzen.“

Es folgt eine Abstimmung über die Aufnahme der Drucksache BV/0131/21:

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, die Drucksache BV/0131/21 unter TOP 11.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.“

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt nachfolgend aufgeführte Tagesordnung:“

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021 (öffentlicher Teil)
- 2 Dialog mit Vertretern der Fa. Paulus zur Einführung der Gelben Tonne in Heusweiler
- 3 Anhörung zur Resolution des Kooperationsrates zur Baulandmobilisierung für mehr bezahlbaren Wohnraum
Vorlage: BV/0124/21
- 4 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 5 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021 (nichtöffentlicher Teil)
- 6 Grundstücksangelegenheiten
- 6.1 Festlegung der Grundstückspreise für das Neubaugebiet "Am Westfeld" (ehemaliger Sportplatz) in Holz
Vorlage: BV/0116/21
- 7 Erschließungsvertrag zur Herstellung von Abwasseranlagen für das Wohngebiet am ehemaligen Sportplatz im Ortsteil Holz
Vorlage: BV/0104/21
- 8 Erschließungsvertrag zur Herstellung von Wasserversorgungsanlagen für das Wohngebiet am ehemaligen Sportplatz im Ortsteil Holz
Vorlage: BV/0105/21
- 9 Mitteilungen und Verschiedenes
- 10 Personalangelegenheiten
- 10.1 Besetzung der Fachbereichsleiterstelle (m/w/d)
Vorlage: BV/0120/21
- 10.2 Einstellung von Beschäftigten für den Baubetriebshof
Vorlage: BV/0131/21

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021 (öffentlicher Teil)

Einstimmiger Beschluss bei 1 Stimmenthaltung (CDU):

„Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2021 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.“

zu 2 Dialog mit Vertretern der Fa. Paulus zur Einführung der Gelben Tonne in Heusweiler

Der Vorsitzende begrüßt Frau Rosinus und Herrn Wacker von der Fa. Paulus, welche in Heusweiler den Zuschlag für das Los der gelben Tonnen erhalten habe. Da nach der Anlaufphase noch Rede- bzw. Klärungsbedarf bestehe, eröffnet er die Diskussion.

Herr Maas, als Ortsvorsteher von Heusweiler, spricht im Auftrag von Fam. Becker, Ziegelhütter Weg 17a, die bereits im Mai dieses Jahrs beanstandet habe, keine gelbe Tonne erhalten zu haben. Dies habe sich bis dato immer noch nicht geändert. Letztendlich habe Herr Becker seinen Verpackungsmüll in gelbe Säcke gepackt und zum Abfuhrtermin rausgestellt. Diese seien jedoch, mit der Begründung, dass gelbe Säcke nicht mehr abgefahren werden dürfen, nicht entsorgt worden. Dies könne keiner verstehen, zumal eine gelbe Tonne noch nicht zur Verfügung stehe. Seitens der Familie Becker werde eine zeitnahe Rückmeldung gewünscht, wann die gelbe 120-Liter-Tonne geliefert werde. Des Weiteren gebe es Bürger im Gemeindebezirk Heusweiler, die ein größeres Gefäß benötigen würden. Er hätte gerne gewusst, wie dieses Problem zu lösen sei.

Herr Wacker bedankt sich zunächst für die Einladung zur Sitzung. Dies sei hilfreich für die Fa. Paulus, da man sich immer noch in der Lernphase befinde. Er erläutert, dass die Abfuhrunternehmen die Tonnen käuflich erwerben mussten, um die Bürger bedienen zu können. In 2020 habe sich die Fa. Paulus entscheiden müssen, nach welchen Kriterien man beim Tonnenkauf vorgehen wolle und habe sich zu einem bedarfsorientierten Erwerb entschlossen. Alle anderen Landkreise im Saarland seien anders vorgegangen und hätten die Gefäße analog zu den vorhandenen Restmüllgefäßen aufgestellt. Sollten andere Größen benötigt werden, erfolge in allen Landkreisen derzeit erst der Austausch. Die Fa. Paulus habe dies in einem Durchgang ausführen wollen. So seien die Bürger angeschrieben worden, mit der Bitte um Meldung, welche Tonnen benötigt würden. Dies sei die Theorie gewesen, die Praxis sehe jedoch etwas anders aus. Man sei davon ausgegangen, dass bis zum Jahresende alle Bestellungen aufgenommen seien. Die ersten Auslieferungen, beinhalteten erst 70 % der benötigten Tonnen. Die meisten Bürger hätten keine Tonne erhalten, weil keine Bestellung erfolgt sei. Dies sei kein Vorwurf an die Bürger, sondern an die Vorgehensweise. Hinzugekommen sei, dass im Februar/März des Jahres die Rohstoffe gefehlt hätten, so dass keine 240-Liter-Tonne in ganz Deutschland zu erhalten war. Diese seien erst in letzter Zeit nochmals zu bekommen, so dass man jetzt erst in der Lage sei, die restlichen Tonnen

auszuliefern bzw. die Neubestellungen zu bedienen. Die Umsetzung sei schlecht gelaufen, dies sei keine Frage. Man sei bestrebt, die fehlenden Tonnen so schnell wie möglich auszuliefern.

Auf Rückfrage von Herrn Maas, wie man bis zur Auslieferung der gelben Tonne weiter verfahren solle, teilt Frau Rosinus mit, dass gelbe Säcke standardmäßig stehen bleiben würden, um die Bürger zur Bestellung einer gelben Tonne anzuregen. Bürger, die ihre Tonne aufgrund der Lieferschwierigkeiten nicht erhalten haben, sollten sich zwecks Abfuhr bei der Fa. Paulus melden. Übermengen würden seitens der Fahrer mitgenommen.

Herr Wacker teilt mit, dass manche Bürger sich nicht melden würden, weil sie keine gelbe Tonne wollten. Diese würden ihre Säcke einfach auf der Straße liegen lassen. Dies sei eine Lernphase. Daher habe man die Fahrer entsprechend angewiesen.

Der Bürgermeister merkt an, dass die ländlichen Regionen froh über den Austausch von gelben Säcken auf gelbe Tonnen seien. Die Bilder von kaputten Säcken, Müll und Ratten auf den Straßen habe jeder noch vor Augen. Es sei daher wichtig, dass alle Bürger eine gelbe Tonne hätten.

Herr Zimmer, als Ortsvorsteher von Wahlschied, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD und Abgeordneter im saarländischen Landtag, merkt an, es sei verständlich, dass die Umstellung nicht unproblematisch sei. Falle aufgrund einer Anschaffung Verpackungsmüll in größeren Mengen an, werde es problematisch, da gelbe Säcke nicht mehr zu erhalten seien. Als Verbraucher zahle man die Verpackung bereits beim Kauf der Ware mit. Nun sollten auch durchsichtige Säcke erworben werden, um Übermengen den gelben Tonnen hinzufügen zu können. Er frage sich, ob es nicht möglich sei, eine gewisse Marge an gelben Säcken auszugeben. Des Weiteren erhalte er viele Beschwerden aufgrund der zur Verfügung gestellten Gefäßgrößen.

Frau Rosinus führt aus, dass die Ausschreibung dies relativ genau vorgeschrieben habe. Die Dualen Systeme gehen davon aus, dass ein Volumen von 30 Liter/Person/Abfuhr ausreichend sei. Das bedeute, dass es ab 5 Personen eine 240 Liter-Tonne gebe. Dies sei die Grundlage für die Berechnung gewesen. Die Bestellung größerer Gefäße müssten entsprechend begründet werden.

Herr Wacker ergänzt, dass die Fa. Paulus nur das Geld analog der Ausschreibung vom Dualen System erhalte, egal welche Gefäßgröße die Firma ausbebe.

Herr Zimmer schildert sein persönliches Problem, sowie das Gebaren einer Mitarbeiterin der Fa. Paulus. Im Dienstleistungsbereich könne man so nicht mit Bürgern umgehen. Er wünsche sich eine klare Aussage, wie mit seiner noch offenen Belange verfahren werde.

Herr Wacker merkt an, dass alles Gesagte richtig sei. Zum Personal sei zu sagen, dass man mit ca. 1.200 Anrufen pro Tag überrollt worden sei. Er biete an, sich die angesprochenen Fälle gerne zu notieren und zu versuchen, zeitnah eine Lösung zu finden. Alles Weitere wolle man auf einer vernünftigen Kommunikationsebene klären. Man sei aber auch stolz auf das Erreichte. Zum Vergleich teilt er mit, dass

in anderen Landkreisen unter den angegebenen 800-Telefon-Nummern nur eine Ansage laufe, dass ab September/Okttober erst Fragen beantwortet würden.

Herr Zimmer halte es für edel, dass Herr Wacker sage, dass man Probleme habe. Er werde den Bürgen mitteilen, sich nochmals an die Fa. Paulus zu wenden und dass versucht werde, die bestehenden Schwächen zu beseitigen. Es könne jedoch nicht sein, dass eine Nachlieferung der gelben Tonne mit Kosten verbunden sei.

Frau Rosinus teilt mit, dass dies auch nicht so sei.

Herr Zimmer bedankt sich für das offene Gespräch. Man wolle gemeinsam versuchen, das System anzunehmen. Er regt an, der Verwaltung für Ausnahmefälle ein gewisses Kontingent an gelben Säcken zur Verfügung zu stellen, um Übermengen den gelben Tonnen beifügen zu können.

Von Herrn Hill auf die Abfuhr im Winter angesprochen, teilt Herr Wacker mit, dass unter Umständen manche Straßen witterungsbedingt von den Abfuhrautos nicht befahren werden könnten. Hier sei die Handhabung der gelben Säcke, durch das Verbringen an Sammelstellen, einfacher gewesen.

Vom Vorsitzenden auf die ausgebliebenen Leerungen am Rathaus angesprochen, teilt Herr Wacker mit, dass künftig das Auto, welches die Saarbrücker Straße abfahre, auch die zwei großen Tonnen am Rathaus leere.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Wacker und Frau Rosinus für die ausführlichen Informationen und wünscht beiden einen schönen Feierabend.

zu 3

Anhörung zur Resolution des Kooperationsrates zur Baulandmobilisierung für mehr bezahlbaren Wohnraum Vorlage: BV/0124/21

Der Vorsitzende erläutert ausführlich den Sachverhalt und verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses, die Resolution nicht zu unterstützen, da man die Voraussetzungen in der Kommune Heusweiler im Köllertal als nicht gegeben ansehe.

Herr Schwindling hält fest, es sei relativ neu und außergewöhnlich, dass man sich im Heusweiler Gemeinderat mit einer Resolution des Regionalverbandes beschäftige. Dies gehe auf die Intention zurück, dass das was die Kommunen letztendlich zahlen sollen, nämlich die Übernahme des Regionalverbandes an freiwilligen Aufgaben, auch von den Kommunen mitentschieden werden sollten. Seinem Erachten nach werde es in Zukunft noch öfter Diskussionen und Entscheidungen in den Kommunen über Resolutionen, Arbeitsideen, Entwicklungsmöglichkeiten, Vorsorgeplanung und Flächennutzungsplanungen geben. Die Kommunen sollten sich Gedanken machen, wenn man solche Vorlagen habe, ob man möchte, dass der Landkreis die Aufgabe entsprechend für die Kommune übernehme, sich vielleicht auch Vorteile ergeben oder die Vorlagen nicht unterstützt werden sollten. Inhaltlich gehe es um die Frage, bezahlbaren Wohnraum, besser als bisher, zur Verfügung zu stellen. Man erlebe derzeit das Ansteigen der Bau- und Immobilienpreise. Er glaube, der öffentlichen Hand sollte bewusst sein, dass das erreichte Niveau der Immobilien- und Grundstückspreise für den ländlichen Raum

nicht mehr sinnvoll sei. Seiner persönlichen Meinung nach, könne die öffentliche Hand den Markt in gewisser Weise regulieren, indem sie eigene Projekte und eigene Kompetenzen im Baubereich schaffe, umsetze und nach dem Prinzip des Angebotes und der Nachfrage eigenen Wohnraum zur Verfügung stelle. Damit meine er nicht den sozialen Wohnungsbau, sondern konkret die Erschließung eigener Bauflächen, um Alternativen zu privaten Investoren zur Verfügung zu stellen. Somit könnte der Markt automatisch, im Sinne der Relation, etwas transparenter gestaltet und breiter aufgestellt werden. Er finde, dass die in der Resolution formulierten Kriterien eher auf den städtischen als auf den ländlichen Bereich zutreffen würden. Er halte die in der Resolution genannten Instrumente wie Stärkung des Vorkaufsrechtes oder hinsichtlich der Baulücken zu weitgehend. Privaten Grundstückseigentümern sollten weiterhin die Möglichkeit haben, Baulücken für die Familienplanung aufrecht zu erhalten. Er sehe aber auch die Problematik, dass der Markt an der ein oder anderen Stelle reguliert werden müsste. Er plädiere daher dafür, die Resolution, wie im Bau- und Verkehrsausschuss besprochen, abzulehnen. Er freue sich jedoch sehr über die Beteiligung der Kommunen an dem, was der Landkreis tue.

Herr Luksic versteht den Sinn nicht. Der Kooperationsrat sei beispielsweise für die Entwicklung von Gewerbe zuständig. Hier würde er sich Initiativen wünschen, allerdings tue sich relativ wenig. Er glaube, dass hinsichtlich der Baulandentwicklung die Gemeinde genug Möglichkeiten habe und halte daher die Resolution für unnötig. Da die Kommunen über entsprechende Instrumente verfügten, wie beispielsweise Vorkaufsrechte, betreffe dies die Umlandkommunen nicht. Man rede hier eher über ein Problem von Ballungszentren. Dies sei in Saarbrücken teilweise der Fall. Wenn eine Stadt Handlungsbedarf sehe, könne diese natürlich selber bauen. Er empfehle sich die Immobilien des Saarlandes und der Stadt Saarbrücken anzuschauen. Diese hätten mit sozialem Wohnungsbau relativ wenig zu tun. Das Saarland habe eine eigene Landesbauordnung, die das Planen und Bauen verteuere. Dies sei nirgendwo so kompliziert und teuer wie im Saarland. Eine Sechsaugenaufsicht beim Brandschutz sei völlig unnötig und mache jedes Gebäude im Saarland teuer. Man habe eine untere Bauaufsicht, die den gleichen Sachverhalt, je nach Landkreis unterschiedlich beurteile. Baulückenkataster könnten auf kommunaler oder Regionalverbandsebene geführt werden. Es gebe unheimlich viele Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass an den richtigen Stellen gebaut werde. Hier helfe die Resolution wenig weiter. Hinsichtlich des Prinzips von Ursache und Wirkung würde der Staat das Planen und Bauen verteuern. Durch das billige Geld der EZB würden die Grundstücks- und Immobilienpreise steigen. Staatliche Vorgaben und Vorschriften sowie Bauvorgaben würden dafür sorgen, dass das Bauen und Planen nicht mehr billiger werde. Insofern gebe es Probleme, jedoch habe die vorliegende Resolution relativ wenig damit zu tun und sollte daher abgelehnt werden. In der Gemeinde Heusweiler, habe man, wo Bedarf bestehe, die Instrumente für eine kluge Lösung.

Herr Dr. Steinrücken sehe in dieser Resolution keinen Vorteil für die Kommune. Es werde ein Mehr an sozialem Wohnungsbau benötigt. Die Resolution befeure nur den Landverbrauch und Immobiliengeschäfte. Die Probleme würden hierdurch nicht gelöst, weswegen die GLN-Fraktion die Resolution ablehnen werde.

Herr Zimmer halte den ländlichen Raum, auch wenn dieser teilstädtisch sei, im Kern nicht mit der Stadt vergleichbar. Die SPD werde die Resolution nicht mittragen, weil man seit Jahren andere Instrumente in Diskussion bringen wolle. Die

Auffassung der CDU, dass es in Ordnung sei, Baubereiche und Bauzellen im Kernbereich der Ortslage liegen zu lassen, werde nicht geteilt. Dies werde noch gefördert, dass diese steuerlich nicht entsprechend belangt würden und im Grunde entwickelte Gebiete zum Steuerspekulationsgrundstück mache. Zudem würden diese auch beim Kanal, Straßen- und Gehwegbau und Wasserleitungsbau nicht belangt. Alle anderen müssten für die Grundstücke, die Nichteinleiter seien und seit Jahren brachliegen, mitzahlen. Die SPD sehe hier größeren Handlungsbedarf, um die Kernnachverdichtung zu gewährleisten, als ohne Grund, bei großen Baulückenanzahlen, weiteren Flächenverbrauch in den Außenbereichen zuzulassen. Dies müsste, seiner Meinung nach, das Ziel auf kommunaler Ebene sein. Er glaube, die Kommune und der Steuergesetzgeber müssten ermöglichen, Grundstücke die über Jahre vererbt würden, an Kosten und Umlagen zu beteiligen und benennt hierfür als Instrument die Grundsteuer C. Sollte diese Innenraumverdichtung gelingen, hätte man, was Bauland betreffe, in Heusweiler für die nächsten Jahre Ruhe. Jede weitere Ausweisung in den Außenbereich bedürfe eines Straßenbaus. Dies sei Verlustfläche und bringe keine Wohnfläche.

Herr Schwindling merkt an, dass man im Ziel nicht weit entfernt sei. Man habe nur eine andere Intention auf dem Weg dahin. Der CDU-Fraktion gehe es auch darum, Leerstände zu beseitigen und dass Verdichtung die sinnvollere Lösung darstelle. Man sehe weder in der Resolution noch im Aufbau neuer Restriktionen einen passenden Weg, sondern vielmehr in der Schaffung von Anreizsystemen. Ansonsten habe man im Ziel keine unterschiedliche Meinung.

Herr Zimmer wolle sich nicht falsch verstanden wissen. Die SPD wolle keine Restriktionen für Baulücken, sondern eine angemessene Beteiligung an den Aufwendungen die die Kommune für ihre Bürger erbringen müsse. Dies sei der richtige Weg und dann würde auch der ein oder andere Grundstückseigentümer sich für eine Bebauung oder einen Verkauf aussprechen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussempfehlung des Bau- und Verkehrsausschusses abstimmen, die Resolution nicht zu unterstützen.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Gemeinderat beschließt, die Resolution zur Baulandmobilisierung für mehr bezahlbaren Wohnraum des Regionalverband Saarbrücken nicht zu unterstützen.“

zu 4 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 4.1 Beantwortung von Nachfragen aus vorhergehender Sitzung

Der Vorsitzende teilt mit, dass hinsichtlich des EU-Programmes „Schulobst“ die Kita Kutzhof nicht aufgenommen worden sei. Laut Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz hätten sich dreimal so viele Kitas für die Teilnahme am EU-Schulprogramm beworben, wie aufgenommen werden konnten. Die Kita Kutzhof konnte in diesem Jahr nicht berücksichtigt werden. Im nächsten Jahr bestehe die Möglichkeit sich erneut zu bewerben.

Zum einseitigen Halteverbot in der Saarstraße in Holz teilt der Vorsitzende mit, dass aufgrund von Fahrbahnsperren auf der A1 einschließlich der Auffahrt der AS Quierschied der Verkehr in Richtung Saarbrücken auf die L128 (Saarstraße) zur AS Holz umgeleitet werde. Die Umleitung erfolge voraussichtlich bis 26.11.2021.

zu 4.2 Durchführung von Martinsumzügen und Weihnachtsmärkten

Herr Luksic möchte hinsichtlich der Entwicklung der vergangenen Tage dafür werben, über die Durchführung von Martinsumzügen und Weihnachtsmärkten nachzudenken. Dies sei gut und sinnvoll im Hinblick auf die Kinder und die Vereine. Aufgrund der Impfquote von 70 Prozent und der Maßgabe, dass die Veranstaltungen im Freien stattfinden würden, sollte nach Möglichkeit eine Umsetzung erfolgen und zur Normalität zurückgekehrt werden. Da eine gewisse Vorlaufzeit benötigt werde, hätte er gerne den Stand der Dinge erfragt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es in der letzten Woche eine Konferenz der Ordnungsämter gegeben habe. Die Antwort der Clearingstelle lautete, dass Martinsumzüge nach wie vor als Veranstaltungen anzusehen seien, für die eine Umsetzung der 3-G-Regel zutreffe. Die Nachweispflicht könne nicht entfallen. Dies habe der SSGT zum Anlass genommen, das Gesundheitsministerium offiziell, im Namen aller Bürgermeister, anzusprechen und gebeten, schnellst-möglich, in die nachfolgende Verordnung (aktuelle Verordnung gültig bis 14.10.2021) eine entsprechende Regelung mit aufzunehmen, um die nicht nachvollziehbare Regelung bei Martinsumzügen, dem Volkstrauertag und bei Weihnachtsmärkten entfallen zu lassen. Dies sei der Bevölkerung bei Veranstaltungen im Freien nicht mehr vermittelbar. Es sei abzuwarten, ob dies zeitnah geschehe.

zu 4.3 Abrutschungen im Bereich des Neubaugebietes am ehem. Schwimmbad

Herr Dr. Steinrücken fragt, ob bekannt sei, dass es Abrutschungen im Bereich des Neubaugebietes am Schwimmbad gebe.

Frau Nowack teilt mit, dass es ein Vorkommnis gegeben habe. Ein Grundstückseigentümer habe nahe der hergestellten Böschung Abtragungen entlang der bebauten neuen Straße vorgenommen. Dies wurde seitens der Verwaltung mit dem Eigentümer geklärt, welcher daraufhin Sicherungsmaßnahmen durchgeführt habe. Abrutschungen im hinteren Teil, in Richtung des Feldweges, seien ihr nicht bekannt.

zu 4.4 Schikane neben Tennishalle, Niedersalbach

Herr Krebs möchte eine Lanze für die Radfahrer brechen und spricht diesbezüglich die Schikane neben der Tennishalle am Nikolaus-Hubert-Weg in Niedersalbach an. Er hatte dieser Tage beobachten können, wie zwei Radfahrer je mit einem Dreirad versuchten diese Stelle zu passieren. Sieben Minuten später sei, unter Einsatz von drei Personen, das erste Rad durch diese Schikane manövriert worden. Beim zweiten Rad sei es dann etwas schneller gegangen. Die gleichen Probleme würden auch bei Kinderanhängern und Tandems auftreten. Er möchte dringend darum bitten, einen der beiden rot-weiß-gestreiften Bügel abzu-montieren, um eine Passage unter vernünftigem Aufwand zu ermöglichen.

Der Vorsitzende erteilt dem Ortsvorsteher von Niedersalbach, Herrn Lesch das Wort. Er möchte jedoch darauf hinweisen, dass nicht die Durchfahrt an sich, sondern eine hohe Geschwindigkeit verhindert werden solle.

Herr Lesch teilt mit, wie vom Bürgermeister bereits mitgeteilt, sei die Schikane angebracht worden, um das schnelle Durchfahren zu verhindern. Eigentlich war angedacht eine weitere Schikane anzubringen bzw. die vorhanden zu verändern, damit das schnelle Durchfahren nachlasse, da sich in unmittelbarer Nähe ein Kinderspielfeld befinde. Er habe mehrfach beobachten können, wie schnell dort durchgefahren werde. Die Entfernung eines Bügels würde die Situation noch verschärfen, was seinem Erachten nach keinen Sinn mache.

Herr Dr. Reimann findet die Schikanen für sinnvoll, da man die Geschwindigkeit reduzieren müsse, um sich somit als Radfahrer selber und auch die Fußgänger zu schützen.

Herr Krebs trägt die Reduzierung der Geschwindigkeit gerne mit, aber es könne nicht sein, dass die Schikane von Leuten mit ihren Fahrrädern nicht passiert werden könnten. In diesem Zusammenhang wolle er auch die Schikane im Bereich der Eisenbahnbrücke an der Neumühle, von Walpershofen kommend, ansprechen.

Der Vorsitzende führt aus, dass diese Schikane wenig Sinn mache, da sie außen umfahren werde. Er nehme dies gerne als Anregung für Herrn Bürgermeister Häusle mit.

Herr Michaelis spricht sich, aufgrund seiner Erfahrungen als Fußgänger in diesem Bereich, für den Erhalt der Schikanen aus.

Der Vorsitzende merkt an, da eine adäquate Lösung für beide Seiten nicht möglich sei, hier eine Abwägung erfolgen müsse.

Herr Lesch teilt mit, dass er sich die Situation vor Ort nochmals ansehen werde. Vielleicht lasse sich durch eine bauliche Änderung (eventuelle Anhebung der Schikane) eine Lösung für Fahrräder, Anhänger und Tandems schaffen. Er werde jedoch keinen Bügel entfernen, da die Gefahr zu groß sei, dass in diesem Bereich zu schnell gefahren werde.

Herr Krebs gibt zu bedenken, dass doch mehr Mobilität zu Fuß und mit dem Rad erwünscht sei.

Herr Dr. Reimann merkt an, die FDP-Fraktion könne gerne einen Vorschlag zur Umsetzung unterbreiten.

Herr Dr. Steinrücken bittet die Verwaltung, die Abstände der Bügel zu überprüfen.

zu 4.5 Information zur den gelben Säcken auf der Internetseite der Gemeinde

Herr Dr. Reimann bittet Herrn Ringe, auf der Internetseite der Gemeinde die Informationen bezüglich der gelben Säcken zu entfernen und durch Informationen zur gelben Tonne zu ersetzen.

zu 4.6 Sachstand Hochwasserbecken Berschweiler

Auf die Frage von Herrn Dr. Reimann hinsichtlich des Sachstandes zum Hochwasserschutzbecken in Berschweiler erteilt der Vorsitzende Frau Nowack das Wort.

Diese führt aus, dass vorletzte Woche ein Termin mit WSV stattgefunden habe, bei dem das Leistungsverzeichnis (LV) durchgesprochen wurde. Es seien seitens der WSV noch Anpassungen im LV zu erbringen, so dass die Ausschreibung erst im November durchgeführt werden könne. Es sei angedacht, die Submission auf den 24.11.2021 zu terminieren und im Dezember mit der Auftragsvergabe in den Gemeinderat zu gehen. Aus Zeitgründen habe man mit WSV vereinbart die Rodungsarbeiten, welche eigentlich die bauausführende Firma bewerkstelligen sollte, bereits vorher durch eine andere Firma ausführen zu lassen. Bis Dezember wolle man mit den Rodungen abgeschlossen haben und die Auftragsvergabe durchführen.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Reimann, warum es zur Verzögerung von sechs Wochen gekommen sei, antwortet Frau Nowack, dass WSV leider noch nicht so weit mit dem LV gewesen sei, wie gegenüber der Verwaltung mitgeteilt wurde. Dies habe wohl interne Gründe. Über die Verzögerung habe sich die Verwaltung ebenfalls sehr geärgert.

Herr Dr. Reimann führt an, dass man den Unmut der Anwohner kundtun müsse, da diese seit zehn Jahren vertröstet würden.

zu 4.7 Hochwasserschutzkonzept

Herr Dr. Reimann äußert, dass man im Bau- und Verkehrsausschuss über das Hochwasserschutzkonzept in Anlehnung an den Antrag gesprochen habe und bittet, dieses den Fraktionen nochmals zur Verfügung zu stellen, da seinerzeit noch nicht alle Ratsmitglieder im Rat vertreten waren.

Herr Zimmer merkt an, da es sich nicht mehr um die Ursprungsplanung handele, die vor Jahren beschlossen worden sei. Daher bitte er darum, das Projekt im Detail in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses vorzustellen.

zu 4.8 Fehlendes Verkehrszeichen

Herr Dr. Steinrücken merkt an, auf der Landstraße vom Obersalbacher-Kreuz in Richtung Autobahn würde ein Verkehrsschild „Fahrräder auf der Fahrbahn“ fehlen. Er wisse nicht, ob der Bereich noch auf Heusweiler-Bann liege. Dieses Schild sei wichtig, da der Fahrradstreifen vor dem Hirteler Kreuz ende und die Fahrradfahrer die Fahrbahn überqueren müssten. Eine entsprechende Ergänzung wäre sinnvoll. Sollte es nicht auf Heusweiler-Gebiet liegen, bittet er um entsprechende Weitergabe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass hier der Landesbetrieb für Straßenwesen (LfS) zuständig sei und man es weitergeben werde.

zu 4.9 Aktueller Stand Gewerbegebiet Dislburg

Herr Stefan Schmidt spricht den aktuellen Stand zum Gewerbegebiet Dilsburg, hier das Verfahren des Vorhabenträgers Fa. Jeras, an. Er werde in jüngster Zeit vermehrt mit Gerüchten konfrontiert, dass die Fa. Jeras von ihrem Vorhaben abgesehen habe.

Frau Nowack teilt mit, dass die Frage bereits im Bau- und Verkehrsausschuss gestellt worden sei. Ihrem Wissen nach sei die Fa. Jeras nicht vom Vorhaben abgerückt. Man habe in der Vergangenheit öfters Termine mit dem Planungsbüro, dem Gutachter und Herrn Rack wahrgenommen. Zwischenzeitlich sei das geforderte Lärmgutachten erstellt worden. Hinsichtlich der Ausgleichsflächen bestehe noch Klärungsbedarf. Vom Wirtschaftsministerium sei ein 1:1 Ausgleich an Wald gefordert worden. Diese Aufforstungsfläche müsse noch gesucht werden. Es seien Vorschläge unterbreitet worden, eine Fläche außerhalb der Gemeinde aufzuforsten. Seitens der Verwaltung werde versucht, die Aufforstungsfläche und die Ausgleichsflächen in der Gemeinde zu halten. Derzeit befinde man sich in Abstimmung, den Ausgleich für die Renaturierung Salbach nutzen zu können. Somit wäre die Maßnahme Renaturierung Salbach nochmals mehr gesichert, mit Projekten, die innerhalb der Gemeinde realisiert werden sollten. Sie habe keine Informationen, dass Herr Rack von seinen Plänen abgewichen sei. Hinsichtlich der Abstimmung habe es scheinbar auch etwas länger von seiner Seite aus gedauert, da dieser auf Dritte angewiesen war.

Herr Lafontaine möchte festhalten, dass der Fraktion Die Grünen sehr daran gelegen sei, auf dem Laufenden zu bleiben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:53 Uhr und fährt nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit mit der Tagesordnung fort.